Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1939	Mittwoch, 26. April	641

Der finnische Kultusminister in Potsdam.

Berlin, 25. April. Der finnische Kultusminister Hannula besuchte am Dienstagnachmittag Potsdam. Am Eingang der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt begrüßte Reichserziehungsminister Rust mit Staatssekretär Zschintsch, dem Leiter der Anstalt, Oberregierungsrat Caliebe, und Herren seines Ministeriums seinen Gast, der von dem finnischen Gesandten Worimaa und den Herren der finnischen Gesandtschaft begleitet war.

Mit großem Interesse besichtigten die finnischen Gäste die Räume der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt, vor allem die Fahrten-Traditions-Stube der NPEA. Potsdam, deren Fahrtengebiet gerade Finnland ist. Die Gäste sahen Erinnerungen an Fahrten der Jungmannen nach Finnland in den letzten drei Jahren und hörten, daß in diesem Jahr eine Mannschaft der Anstalt wiederum eine Sing- und Spielfahrt nach Finnland unternimmt.

Anschließend besuchten die Minister die historische Stätte der Garnisonkirche und begaben sich nach Schloß Sanssouci, wo sie mit ihrer Begleitung vom Direktor der staatlichen Schlösser und Gärten, Dr. Gall, geführt wurden.

Reichsminister Rust überreichte Kultusminister Hannula zur Erinnerung einen Führer durch Schloß Sanssouci, dessen Einband eine genaue Nachbildung der Buchseinbände Friedrichs des Großen ist.

Am Abend wohnten Kultusminister Hannula und Reichsminister Rust der Begleitung vom „Tannhäuser" in der Staatsoper Unter den Linden bei.

Der Rektor der Universität Sofia in München.

München, 26. April. Anläßlich des Münchener Aufenthalts des Rektors der Universität Sofia, Professors Dr. Stanischeff, fanden Veranstaltungen und Empfänge durch die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, die Reichsärztekammer, die Deutsche Akademie und die Hauptstadt der Bewegung statt, bei denen dem Gast als altem Freund Deutschlands zahlreiche Ehrungen zuteil wurden.

Nach einem Vortrag des bulgarischen Gelehrten in der Chirurgischen Klinik gab Reichsleiter Oberbürgermeister Fiehler einen Abendempfang im Preysing-Palais.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley bei den Wettkämpfern.

Köln, 26. April. Der „Tag der Berufspraxis" im Reichsentscheid des Reichsberufswettkampfes stellte den Wettkämpfern schwere und interessante Aufgaben.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, der am Dienstagmittag in Köln eintraf, konnte sich den Punktrichtern bestätigen lassen, daß sich namentlich bei den Jugendlichen in den letzten Jahren eine wesentliche Leistungssteigerung bemerkbar gemacht hat und daß gerade der Reichsberufswettkampf — vom Ortswettkampf angefangen bis zum Reichsentscheid — immer wieder für alle ein gewaltiger Anporn ist.

Neue Steuern in Belgien.

Brüssel, 26. April. Der Parlamentarische Sonderausschuß erteilte am Dienstagabend dem Gesetzesantrag für die Sondervollmachten der belgischen Regierung mit 15 gegen 12 Stimmen seine Billigung. Für den Antrag stimmten Katholiken und Liberale, dagegen die Oppositionsparteien.

Finanzminister **Gutt** gab im Verlaufe der Sitzung die Maßnahmen zur Deckung des auf 650 Millionen Franken geschätzten Haushaltsfehlbetrages bekannt. 300 Millionen Franken sollen durch Einsparungen eingebracht werden, die übrigen 350 Millionen Franken durch neue Steuern. Die neuen Steuereinnahmen umfassen u. a. eine zusätzliche Personensteuer, eine neue Steuer für Kraftwagen und Fahrräder und eine Stempelsteuer. Der außerordentliche Haushalt wird einen Betrag von 2 200 000 000 Franken erreichen.

Ueble Machenschaften im Rahmen des Tangerstatuts.

Paris, 25. April. Der spanische Botschafter in Paris hat einem Vertreter der Agentur **Fournier** erklärt, daß Spanien niemanden bedrohe und daher auch keine Aktion gegen Gibraltar oder Tanger vorhabe.

Diese Gerüchtemacherei ziele augenscheinlich nur darauf ab, zwischen den Völkern Mißtrauen zu säen und den Kriegsgeist zu schüren.

Die spanische Nation übe ihre Funktion in Tanger in Uebereinstimmung mit jenen Ländern, die ebenfalls auf Grund des Tangerstatuts eine Funktion erhalten hätten, unter strenger Beachtung der Vertragsbestimmungen aus. Spanien Ziele änderten sich nicht. Sie beständen in der Achtung der von Spanien übernommenen Verpflichtungen und Verträgen, bei deren Durchführung Spanien bereits Bürgschaften seines guten Willens abgelegt habe. Spanien hoffe, daß diese Bürgschaften auch anerkannt würden und daß die anderen Länder sich entsprechend verhielten.

Zu den in Marokko eingetroffenen marokkanischen Truppeneinheiten betonte der spanische Botschafter erneut nachdrücklich, daß es sich um marokkanische Soldaten handle, die infolge Demobilmachung in Spanien in ihre Heimat zurückgeschickt worden seien.

London verstärkt seine Truppen in Gibraltar.

London, 25. April. Der britische Kreuzer „Dorsetshire" wird am Donnerstag mit einem Bataillon Welchguards in Gibraltar eintreffen. Die Stärke der in Gibraltar stationierten Infanterietruppe steigt damit auf eine Brigade.

Der deutsche Kreuzer „Leipzig" wird, einer Meldung aus Gibraltar zufolge, für Donnerstag in Tanger erwartet, wo auch ein britischer und ein französischer Zerstörer vor Anker liegen.

Die Bombenanschläge gehen weiter.

London, 26. April. In der Nacht auf Mittwoch explodierten in Liverpool in mehreren Straßen der Stadt vier Zeitbomben, durch die vier Geschäfte schwer beschädigt wurden. Die polizeilichen Untersuchungen blieben wieder erfolglos.

Die letzten Bombenattentate haben sich vor einer Woche ereignet, so daß das Wiederaufleben der Anschläge in ganz England ziemliche Aufregung hervorgerufen hat.

Wehrpflicht — „ein glatter Vertrauensbruch", sagt Mander.

London, 26. April. Das Unterhaus hat im Laufe der Dienstagabendsitzung sämtliche Entschließungen über die neuen im Budget vorgesehenen Steuererhöhungen angenommen.

Bevor sich das Haus vertagte, ergriff der Oppositionsliberale **Mander** das Wort und erklärte, er könne nicht daran glauben, daß der Bericht der Wahrheit entspreche, die britische Regierung beabsichtige eine Art von Wehrpflicht einzuführen, denn das würde ein glatter Vertrauensbruch sein.

Was England für Rüstungen bezahlen muß.

London, 25. April. Schatzkanzler **Sir John Simon** wandte sich am Dienstagabend in einer Rundfunkrede an die breite Oeffentlichkeit mit dem Appell, die neuen Steuern willig auf sich zu nehmen. Die Steuererhöhungen seien so vorgenommen worden, daß alle Volksschichten ihren Beitrag liefern müßten, erklärte der Schatzkanzler, wenn er sich gleichzeitig auch zu dem Eingeständnis bequemen mußte, daß England heute fast zwei Millionen Pfund täglich und 13 Pfund pro Kopf der Bevölkerung für Rüstungen zahle. Diese Ausgabe allein stelle das Dreifache der gesamten Vorkriegsstaatsausgaben dar.

Ferner erklärte Simon, er halte es für berechtigt, wenn ein Teil der Gesamtausgaben für Rüstungszwecke im Anleiheswege gedeckt werde, da diese Ausgaben ja auch für die Nachkommen gemacht würden.

London versucht Eindruck zu machen.

London, 26. April. In übermäßig großer Aufmachung kündigen die Morgenblätter an, daß die britische Regierung sich „grundsätzlich" entschlossen habe, die Wehrpflicht in England einzuführen. Die Zeitungen geben sich die redlichste Mühe, dieses in England viel umstrittene Problem zu einer „Sensation ersten Ranges" zu machen. Allerdings merkt man ihnen nur zu deutlich die Absicht an, mit ihren Meldungen vor allem im Ausland Eindruck zu machen.

Dabei müssen alle Blätter zugeben, daß man sich noch nicht im Klaren ist über die endgültige Form der neuen Wehrpflicht, durch die man in England nach einer Reihe gescheiterter Versuche nunmehr zu stabileren militärischen Verhältnissen zu gelangen versucht.

Den Blättern zufolge beabsichtigt die Regierung, zunächst einmal die Wehrpflicht für alle jungen Männer im Alter von 18, 19 und 20 Jahren einzuführen. Sie sollen eine vierbis sechsmonatige Ausbildung im Berufsheer erhalten und anschließend während drei Jahren in der Territorialarmee Dienst tun, das heißt, jährlich zu Uebungen herangezogen werden. Die Zeitungen schätzen, daß auf diese Weise 450 000 bis eine Million junge Leute unter die Fahne gerufen werden können.

Hervorgehoben wird, daß sich die britische Regierung zu diesem „schweren Entschluß" auf den Druck Frankreichs hin durchgerungen habe.

So ergeht es den von England „Beschützten".

Jerusalem, 26. April. Die für die Araber Palästinas immer bedrohlicher werdende illegale Judeneinwanderung ruft bei der arabischen Bevölkerung täglich größere Unruhe und Erbitterung hervor, da hierdurch die an und für sich schon große Not der Araber täglich mehr zur Katastrophe treibt. Man weist darauf hin, daß die englischen Behörden anscheinend unter dem Druck der Juden in den letzten Tagen mehrere hundert Juden pro Tag ins Land gelassen haben. Es finde eine regelrechte illegale Massenein- und Auswanderung statt.

Gegenüber den phrasentriefenden britischen Begründungen dieser jüdischen Masseninvasion weist das arabische Volk auf die Tatsache hin, daß sich im Dezember 1921 der damalige englische Oberkommissar, der Jude Herbert Samuel, weigerte, von tausend armenischen Flüchtlingen auch nur einige Hundert aufzunehmen, obwohl sich selbst die Araber für die Aufnahme einsetzten und die finanzielle Lage des Landes es damals gestattete. So waren diese Flüchtlinge damals gezwungen, zwei Monate auf See zu kreuzen, bis sie in Griechenland aufgenommen wurden.

Das arabische Blatt **Falastin** weist auf eine kürzliche Erklärung des Vertreters der „Jewish Agency" in Genf, Goldmann, hin, daß Hunderttausende von Juden Palästina überschwemmen würden. Die Zeitung erklärt, hier entscheide nicht die Frage der Barmherzigkeit, hier gehe es für die Araber um Leben und Tod, um die Vernichtung und Verdrängung des arabischen Volkes aus seinem eigenen Lande.

Die Zeitung wendet sich dann an die Adresse Roosevelts, hier doch einmal die sonst so eifrig angebotene Unterstützung zu geben und für „Barmherzigkeit" und „Gerechtigkeit" zu sorgen: Wo bleibe die Gerechtigkeit, wenn ein Land den Eigentümern gestohlen und anderen gegeben werde? Das arabische Volk protestiere gegen diese Art der Mandatsherrschaft. Es sei weder jemals von der englischen Regierung um seine Meinung gefragt worden, noch habe es den Engländern erlaubt, ihr Land „zu verteidigen".

Roosevelt verstärkt seinen Verwaltungseinfluß.

Washington, 25. April. Präsident Roosevelt hat jetzt mit dem Umbau des inneren Verwaltungsapparates begonnen. Bekanntlich hatte es über diese Frage heftige Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Gegner des Präsidenten warfen ihm vor, daß er unter der harmlosen Firmierung beabsichtige, seine persönliche Machtstellung noch mehr auszubauen. Die Vorlage wurde dann erst nach weitgehenden Einschränkungen vom Kongreß angenommen.

Am Dienstag kündigte Roosevelt nun an, daß er einige Behörden zusammenlegen wolle, falls nicht von dem Abgeordnetenhaus und dem Senat innerhalb der nächsten sechzig Tage ein übereinstimmendes Veto abgegeben werde. Der Präsident will die Aemter der sozialen Versicherung, der Arbeitslosenfürsorge, der Erziehung und der Gesundheitsfragen mit der Freiwilligen Arbeitslagerbehörde zu einer „federal Reserve Agency" zusammenlegen.

Die Arbeitsbeschaffungsämter, die teils dem Innenministerium unterstehen, teils selbständig arbeiten, sollen zur „federal Works Agency" vereinigt werden. Sämtliche Aemter, die Anleihen für Häuserbau, Farmen und industrielle Betriebe geben, sollen künftig das „Federal Loan Agency" bilden. Schließlich werden das Budgetbüro, das Statistische Amt und die Behörde für Konservierung nationaler Bodenschätze dem Präsidenten direkt unterstellt.

Roosevelts Juden.

Washington, 26. April. Roosevelt ernannte William Leiserson, einen in Rußland geborenen Juden, zum Vorsitzenden des Arbeitsschlichtungsamtes, das Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaften meist zu Gunsten der letzteren schlichtet. Leiserson war früher gewerkschaftlich tätig.

Gegen diese Schlichtungsbehörde ist bekanntlich häufig der Vorwurf erhoben worden, daß sie mit Kommunisten mehr durchsetzt sei als irgendeine andere Bundesverwaltung und mit den radikalen CIO.-Gewerkschaften unter einer Decke stecke.

Henry Ford beispielsweise hat es bisher abgelehnt, die Zustandigkeit des Schlichtungsamtes anzuerkennen und sich mit seinen Beamten überhaupt nur an einen Tisch zu setzen.

Ein amerikanischer Bischof warnt Roosevelt.

New York, 26. April. Wie aus Buffalo gemeldet wird, wandte sich der Bischof der dortigen katholischen Diözese, Duffy, in einer Botschaft scharf gegen die Versuche, Amerika in ein Bündnis mit Sowjetrußland hineinzuziehen, das er den „brutalsten Staat der Welt nannte.

Duffy erklärte, Amerika werde täglich in immer größerem Maße von Kriegsagitatoren überschwemmt. Wenn aber die Vereinigten Staaten noch einmal in einen europäischen Krieg verwickelt würden, so könnte nur die Errichtung einer Diktatur des Marxismus die Folge sein. Er sehe nicht ein, zu erklären, daß er seinen Einfluß bis zum äußersten einsetzen werde, um ein amerikanisches Zusammengehen mit dem atheistischen Sowjetrußland zu verhindern.

Amerikanischer Kohlenbergbau von Generalstreik bedroht.

New York, 26. April. Der seit vier Wochen andauernde Kohlenarbeiterstreik auf den appalachischen Kohlenfeldern Pennsylvaniens droht auf andere Kohlengebieten des Mittelwestens überzugreifen, nachdem die in New York tagenden Vertreter der Grubenbesitzer und der kommunistischen CIO.-Gewerkschaften immer noch keine Einigung hatten erzielen können.

100 000 weitere Bergleute in Tennessee, Kentucky und Ohio wollen am 1. Mai in den Ausstand treten. Damit würden sich im amerikanischen Kohlenbergbau insgesamt 450 000 im Streik befinden und die gesamte Kohlenerzeugung der Vereinigten Staaten wäre praktisch stillgelegt. Die Folgen für die amerikanische Wirtschaft würden bei der jetzt schon herrschenden Kohlenknappheit katastophal sein.

Die New Yorker Stadtverwaltung hat bekanntgegeben, daß ihr Kohlenvorrat für den Betrieb aller Untergrund- und Hochbahnen nur noch für eine Woche reiche. Die New Yorker Krankenhäuser müssen jetzt schon Kohle von den Eisenbahngesellschaften kaufen, die noch einigermaßen eingedeckt sind.

Im Dollarrausch.

New York, 25. April. Wie der **New York Sun** meldet, hat Bundessenator Lundeen dem Kongreß nicht nur empfohlen, die holländischen Kolonien Curacao und Guayana für die Vereinigten Staaten zu erwerben, sondern auch Dänemarks einzige Kolonie Grönland.

In allen Fällen wird der „Ankauf" aus strategischen Gründen gefordert. Während Curacao und Guayana als zusätzlicher Schutz für den Panamakanal dienen sollen, soll Grönland offenbar zur Anlage von angeblich defensiven Flugzeugstützpunkten dienen.

Zu diesen Zumutungsäußerungen ist es bezeichnend, daß in der USA.-Presse mit verdächtiger Häufigkeit neuerdings gegen die Anwesenheit einer deutschen Lufthansavertretung auf Island polemisiert wird. Vom „Ankauf" Islands ist allerdings bisher noch nicht die Rede.

Argentinien zum Umschwung in Bolivien.

Buenos Aires, 25. April. Die Nachricht vom bolivianischen Umschwung hat in Argentinien größtes Aufsehen erregt. Der Ablauf der Ereignisse wird in großer Ausführlichkeit wiedergegeben. In Anbetracht der bekannten Haltung eines Teiles der argentinischen Presse kommt diesen Zeitungen die Erklärung des Präsidenten Boliviens nicht sehr gelegen. Sie wird denn auch von einem großen Teil derartiger Blätter nur sehr verkürzt wiedergegeben.

Die Aufdeckung eines parlamentarischen Sumpfes paßt vielen Parteigängern nicht sehr. Allzu peinlich wirkt daneben die Feststellung der politischen Verhetzung anläßlich der Plünderungszusammenstöße in der Provinz San Juan und die auch sehr weitgehende anhaltende Krise der Provinzregierung von Buenos Aires.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin